



Brüssel, den 18. Juli 2022
(OR. en)

11303/22

DEVGREN 151
ACP 95
RELEX 1007
FIN 794
OCDE 16
SUSTDEV 132

BERATUNGSERGEBNISSE

Absender: Generalsekretariat des Rates

vom 18. Juli 2022

Empfänger: Delegationen

Nr. Vordok.: 10845/22

Betr.: Jahresbericht 2022 an den Europäischen Rat über die
Entwicklungshilfeziele der EU
- Schlussfolgerungen des Rates (18. Juli 2022)

Die Delegationen erhalten in der Anlage die Schlussfolgerungen des Rates zum Jahresbericht 2022 an den Europäischen Rat über die Entwicklungshilfeziele der EU, die der Rat auf seiner 3889. Tagung vom 18. Juli 2022 gebilligt hat.

**Jahresbericht 2022 an den Europäischen Rat
über die Entwicklungshilfeziele der EU
Schlussfolgerungen des Rates**

1. Der Europäische Rat hat den Rat am 17. Juni 2010 aufgefordert, jährlich einen Bericht über die Verpflichtungen zur öffentlichen Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) der EU und der Mitgliedstaaten und die Umsetzung dieser Verpflichtungen zu erstellen¹. Dies ist der zwölfte derartige Jahresbericht an den Europäischen Rat. Der Rat begrüßt die von der Kommission vorgenommene Analyse der Entwicklungen hinsichtlich der gemeinsamen ODA-Verpflichtungen der EU und der ODA-Verpflichtungen der einzelnen Mitgliedstaaten, die sich auf die vorläufigen Angaben des OECD-Entwicklungsausschusses (Development Assistance Committee – DAC) zur im Jahr 2021 geleisteten ODA stützt; daraus geht hervor, dass die EU als Ganzes nach wie vor weltweit der größte Geber ist.
2. Der Rat erinnert an die Zusage der EU und ihrer Mitgliedstaaten, alle finanziellen und nichtfinanziellen Mittel effektiv einzusetzen, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDG) sowie die Ziele des Klimaschutzübereinkommens von Paris im Einklang mit dem Aktionsplan von Addis Abeba aus dem Jahr 2015 zu verwirklichen und dabei die Eigenanstrengungen der Länder sowie solide Politikkonzepte in den Mittelpunkt zu stellen. Der Rat bekräftigt die gemeinsame Verpflichtung der EU und die individuellen Verpflichtungen ihrer Mitgliedstaaten zur Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung, einschließlich zur ODA, gemäß dem „Neuen Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik“².

¹ Zu den ODA-Verpflichtungen siehe Anhang.

² [2017/C 210/01: Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission.](#)

3. In einem zunehmend komplexen Finanzierungsrahmen spielt die ODA weiterhin eine entscheidende Rolle als ein wichtiger und als Katalysator wirkender Bestandteil der Finanzmittel, die für die Verwirklichung der Agenda 2030 zur Verfügung stehen. Die ODA kann zum wirksamen Einsatz anderer Finanzierungsquellen, insbesondere inländischer öffentlicher Finanzierungen, gemischter Finanzierung und nachhaltiger privater Investitionen, sowie anderer Mittel zur Umsetzung wie der Unterstützung von Wissenschaft und Forschung, Technologie, Innovation und Digitalisierung beitragen.
4. Zu den anhaltenden Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und den bereits sichtbaren Folgen des Klimawandels kommen nun noch die Auswirkungen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine hinzu. Sie verschärfen den Finanzierungsbedarf, gefährden die Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda 2030 erheblich, verursachen mehr Armut und Ungleichheiten und führen weltweit zu Ernährungsunsicherheit, Inflation und Energie, zu Inflation und Unterbrechungen der Lieferketten einschließlich bei Düngemitteln und Energie, sowie zu weiteren erheblichen Schäden für die Liquidität, den Schuldenstand, die makroökonomischen Aussichten und Wachstumsaussichten der Länder. Der Rat weist erneut darauf hin, wie wichtig es ist, dass die Verpflichtungen in Bezug auf die nachhaltige Entwicklung eingehalten und jegliche Aushöhlung der SDG und die Auswirkungen der Aggression Russlands auf die Partnerländer, insbesondere die am stärksten gefährdeten Länder, abgemildert werden.
5. Die globale ODA ist nach wie vor eine wichtige Finanzierungsquelle für die ärmsten Länder, insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder (least developed countries – LDC) und die bedürftigsten Länder, einschließlich der Länder in fragilen Situationen oder Konfliktsituationen und der Länder, die unter klimabedingten Anfällighkeiten leiden, denen es insbesondere an inländischen Kapazitäten zur Beschaffung von Mitteln aus anderen Quellen mangelt.

6. Vor diesem Hintergrund unterbreitet der Rat dem Europäischen Rat folgende Informationen:

- a) 2021 lag das ODA³-Gesamtvolume der EU⁴ bei 70,2 Mrd. EUR⁵ gegenüber 67,3 Mrd. EUR⁶ im Jahr 2020. Dieser nominale Anstieg um 4,3 % verdeutlicht die anhaltenden Anstrengungen im Rahmen des „Team Europa“-Ansatzes, Unterstützung für Entwicklungsländer, insbesondere als Reaktion auf die Folgen der COVID-19-Pandemie, zu leisten.
- b) Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben ihre Stellung als weltweit größter ODA-Geber (siehe Abbildung 1) beibehalten; von ihnen stammten 43 % der globalen ODA⁷, was ihre Führungsrolle im Hinblick auf die globale Agenda für nachhaltige Entwicklung bekräftigt.

³ Das ODA-Gesamtvolume der EU entspricht der Summe der ODA ihrer Mitgliedstaaten zuzüglich des ODA-Anteils, der von den EU-Organen bereitgestellt und nicht den Mitgliedstaaten oder Gebern außerhalb der EU – wie dem Vereinigten Königreich – zugerechnet wird. Der größte Teil der ODA-Ausgaben der EU-Organe wird den EU-Mitgliedstaaten zugerechnet, d. h. in den Angaben für die Mitgliedstaaten sind die Ausgaben der Organe zum Teil inbegriffen. Die ODA aus Eigenmitteln der Europäischen Investitionsbank (EIB) wird nicht den Mitgliedstaaten zugerechnet, sondern zur ODA der Mitgliedstaaten hinzugerechnet.

⁴ Mit Ausnahme von Zypern, das der OECD keine vorläufige ODA für 2021 gemeldet hat.

⁵ Auf der Grundlage des Subventionsäquivalents, der neuen Methode zur Berechnung des ODA-Werts von Darlehen zu Vorzugsbedingungen, die 2019 erstmals auf Daten aus dem Jahr 2018 zu öffentlichen Darlehen und Darlehen an multilaterale Einrichtungen angewandt wurde und beginnend mit Daten aus dem Jahr 2020 auch auf Daten zu Schuldenerlässen angewendet wird. Weitere Informationen über die neue Methode für das Subventionsäquivalent und die bisherige Methode unter Verwendung einer Netto-Cashflow-Basis sind abrufbar unter: [Vorläufige Zahlen zur öffentlichen Entwicklungshilfe 2020 \(europa.eu\)](https://europa.eu).

⁶ Nominell. Es sei darauf hingewiesen, dass der Betrag von 67,3 Mrd. EUR auf den im Frühjahr 2022 veröffentlichten endgültigen OECD-Daten für 2020 beruht, während der in den Schlussfolgerungen des Rates von 2021 angegebene Betrag von 66,8 Mrd. EUR auf vorläufigen OECD-Daten für 2020 beruhte, die im Frühjahr 2021 veröffentlicht wurden.

⁷ Die globale ODA umfasst die ODA, die von der EU gemeinsam und von allen übrigen DAC- und nicht dem DAC angehörenden Geberländern bereitgestellt wird. Auf der Grundlage dieser Definition wurden 2020 ebenfalls 43 % der globalen ODA von der EU gemeinsam bereitgestellt. In früheren Schlussfolgerungen des Rates wurde der Anteil des ODA-Gesamtvolumens der EU an der gesamten ODA, die von der EU gemeinsam und von allen übrigen DAC-Gebern (ohne die nicht dem DAC angehörenden Geber) bereitgestellt wird, angegeben; dieser Anteil belief sich 2020 auf 46 % und würde auch 2021 immer noch bei 46 % liegen. Die Änderung auf 43 % in den vorliegenden Schlussfolgerungen des Rates stellt daher keinen Rückgang dar, sondern ist auf die geänderte Berechnungsmethode zurückzuführen, bei der für die gesamte ODA nun ein umfassenderes Konzept zugrunde gelegt wird.

- c) Das ODA-Gesamtvolume der EU belief sich auf 0,49 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU; dies liegt leicht unter dem Anteil von 0,50 % im Jahr 2020⁸, aber weiterhin deutlich höher als der durchschnittliche BNE-Anteil bei den nicht der EU angehörenden Mitgliedern des DAC, der im Jahr 2021 bei 0,26 % lag (siehe Abbildung 2).
 - d) Vier EU-Mitgliedstaaten haben die Schwelle eines ODA-Anteils von 0,7 % des BNE überschritten (siehe Abbildung 3 und Tabelle 1). In sechs EU-Mitgliedstaaten nahm der ODA-Anteil am BNE zu, in zwölf Mitgliedstaaten blieb er stabil⁹ und in acht Mitgliedstaaten nahm er ab.
7. Der Rat begrüßt, dass das ODA-Gesamtvolume der EU im Jahr 2021 gegenüber 2020 gestiegen ist, was im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise besonders bemerkenswert ist. Der Rat ist jedoch besorgt über den leichten Rückgang des ODA-Anteils am BNE der EU, da der nominale Anstieg des ODA-Gesamtvolume der EU dem hohen nominalen Anstieg des BNE infolge der wirtschaftlichen Erholung nicht angemessen ist, und er bekräftigt, dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, um die gemeinsamen und individuellen Zielvorgaben zu erreichen und bis 2030 gemeinsam 0,7 % des BNE als ODA bereitzustellen.
8. Der Rat begrüßt ferner, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten nach wie vor die größten ODA-Geber im Zusammenhang mit COVID-19 sind: Von den insgesamt 16,3 Mrd. EUR, die im Jahr 2021 von allen hierüber berichtenden Geberländern in Form von Nettoströmen gemeldet wurden, gehen 5,2 Mrd. EUR auf die EU-Mitgliedstaaten zurück (was einem nominalen Anstieg um 16,5 % gegenüber 2020 entspricht). Ein Teil dieses Betrags, nämlich 1,6 Mrd. EUR an ODA, wurden von den Mitgliedstaaten für Impfstoffspenden bereitgestellt; dies entspricht 2,2 % ihrer gesamten Netto-ODA im Jahr 2021. Die EU stellte 2021 Nettoströme in Höhe von 8,8 Mrd. EUR an ODA im Zusammenhang mit COVID-19 bereit (was einem nominalen Anstieg um 11,1 % gegenüber 2020 entspricht).

⁸ Der leichte Rückgang des ODA/BNE-Verhältnisses der EU als Ganzes zwischen 2020 und 2021, der trotz des nominalen Anstiegs der ODA zu verzeichnen ist, ist auf die Erholung der Wirtschaft von der COVID-19-Pandemie zurückzuführen, wobei das kollektive BNE der EU stärker angestiegen ist als die ODA (um nominal 7,6 %).

⁹ Der Begriff „stabil“ bezieht sich dabei auf einen ODA-Anteil am BNE, der sich um weniger als 0,01 Prozentpunkte verändert hat.

9. Der Rat begrüßt ferner die bedeutende Entwicklung bei der von der EU für die LDC geleisteten ODA: Das ODA-Gesamtvolumen der EU zugunsten der LDC belief sich 2020 auf 16,3 Mrd. EUR, d. h. 0,12 % des BNE¹⁰. Der Rat ist jedoch zunehmend besorgt darüber, dass die EU ihr gemeinsames Ziel, kurzfristig 0,15 % bis 0,20 % des BNE für die LDC bereitzustellen, noch nicht erreicht hat. Der Rat stellt erneut fest, dass die Anstrengungen dringend verstärkt werden müssen, um das Ziel, bis 2030 gemeinsam 0,20 % des BNE als ODA zugunsten der LDC bereitzustellen, zu verwirklichen.
10. Der Rat betont, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten dringend konkrete und überprüfbare Maßnahmen zum Erreichen ihrer gemeinsamen Ziele – nämlich bis 2030 0,7 % des BNE als ODA und 0,20 % als ODA zugunsten der LDC bereitzustellen – ergreifen müssen, und er wird weiter beobachten, welche Fortschritte erzielt werden. Der Rat wird jährlich Bericht erstatten, um Transparenz zu gewährleisten und seiner Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit nachzukommen.
11. Der Rat bekraftigt, dass die Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten weiterhin gezielt dorthin ausgerichtet sein wird, wo der Bedarf am größten ist und die größtmögliche Wirkung erzielt werden kann, insbesondere in den LDC und in fragilen oder von Konflikten betroffenen Ländern mit besonderem Augenmerk auf Frauen und Kindern sowie Personen in prekären Situationen. In dieser Hinsicht begrüßt der Rat die im Rahmen des im März 2022 angenommenen Doha-Aktionsprogramms¹¹ erteilte Zusage, konkretere Schritte zur Unterstützung der LDC zu ergreifen, und er unterstreicht, wie wichtig das Eintreten der EU, der Mitgliedstaaten und der europäischen Entwicklungsbanken und Finanzinstitutionen für die Umsetzung dieses Programms ist. Der Rat betont, dass die Stärkung der institutionellen Kapazitäten der LDC unterstützt werden muss, und verweist auf seine jüngsten Schlussfolgerungen zur erneuerten Partnerschaft der EU mit den am wenigsten entwickelten Ländern¹².
12. Der Rat betont, dass die ODA in vollem Umfang zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter beitragen muss, und zwar sowohl durch „Gender-Mainstreaming“ als auch durch gezielte Maßnahmen. In diesem Zusammenhang betont der Rat, wie wichtig ein transformativer Ansatz ist, bei dem die Ursachen der geschlechtsspezifischen Ungleichheiten wie das Lohngefälle, der Mangel an angemessenen Bildungschancen und Früh- und Zwangsehen angegangen werden, und unterstreicht, dass die Beseitigung der geschlechtsspezifischen Ungleichheiten und der Mehrfachdiskriminierung von schutzbedürftigen oder marginalisierten Personen Prioritäten der EU in all ihren Tätigkeitsbereichen darstellen.

¹⁰ 2020 ist das letzte Jahr, für das vollständige Daten zur Verfügung stehen. Ausführliche Erläuterungen zur Berechnung dieser Werte und zur Änderung der Verfahren des DAC sind den im Anhang enthaltenen Hintergrundinformationen zur Methodik zu entnehmen.

¹¹ [Doha Programme of Action for Least Developed Countries \(Aktionsprogramm von Doha für die LDC\)](#).

¹² <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9336-2022-INIT/de/pdf>.

13. Der Rat betont ferner, dass den verschiedenen Umständen und den spezifischen Herausforderungen der Länder, deren Status sich von „Ländern mit niedrigem Einkommen“ zu „Ländern mit mittlerem Einkommen“ verbessert, Rechnung getragen werden muss. Entsprechend dem neuen Europäischen Konsens für Entwicklungspolitik¹³ werden sich die EU und ihre Mitgliedstaaten für Entwicklungszusammenarbeit, politischen Dialog und Partnerschaften mit Ländern mit mittlerem Einkommen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung, der Beseitigung der Armut, der Ungleichheiten, der globalen öffentlichen Güter und weiterer gemeinsamer Interessen engagieren. Was die weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländer betrifft, die weniger oder gar keine Hilfe zu Vorzugsbedingungen benötigen, so verweist der Rat darauf, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten innovatives Engagement entwickeln werden, auch im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit und darüber hinaus.
14. Der Rat betont, wie wichtig alle in der Aktionsagenda von Addis Abeba aufgeführten Finanzierungsquellen (öffentliche/private, nationale/internationale) sind, und unterstreicht die vorrangige Bedeutung von Eigenanstrengungen der Länder sowie die Bedeutung solider, Handlungsmöglichkeiten schaffender Politikkonzepte einschließlich der Stärkung der einheimischen Steuererhebung und der Förderung einer progressiven Besteuerung, und die Verantwortung aller Interessenträger einschließlich des Privatsektors, wenn es darum geht, zur Verwirklichung der SDG beizutragen. Der Rat betont, wie wichtig es ist, alle Finanzierungsquellen mit den SDG zu verknüpfen, um eine grüne, digitale, inklusive, gleichberechtigte und resiliente Erholung von der Pandemie zu fördern, und unterstreicht, dass die ODA und andere Finanzströme mit dem Übereinkommen von Paris in Einklang gebracht werden müssen. Insbesondere ist eine nachhaltige Finanzierung von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, internationales und inländisches privates Kapital für grüne, nachhaltige und hochwertige Investitionen zu mobilisieren, durch die letztlich Arbeitsplätze insbesondere für junge Menschen in den Partnerländern geschaffen werden, auch im Rahmen der Global Gateway-Initiative. Der Europäische Fonds für nachhaltige Entwicklung plus und andere europäische Investitionen und Darlehen, die sich auf die Entwicklung auswirken, spielen dabei eine Schlüsselrolle.
15. Der Rat betont, dass die Entwicklungszusammenarbeit einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der internationalen Klima- und Umweltziele leistet, und begrüßt in diesem Zusammenhang die gemeinsame Erklärung des DAC zu Klima, Umwelt und biologischer Vielfalt im Vorfeld der COP 26, in der er sich verpflichtet, die ODA an die Ziele des Übereinkommens von Paris anzupassen.

¹³ <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9459-2017-INIT/de/pdf>.

16. Der Rat verweist auf seine Schlussfolgerungen vom April 2021 zum Konzept „Team Europa“¹⁴ und bekräftigt, dass die Konzeption, Umsetzung und Überwachung der „Team Europa“-Initiativen in enger Abstimmung koordiniert werden müssen. Der Rat ist sich dessen bewusst, wie wichtig eine substanzelle Beteiligung der Partnerländer an diesen Initiativen ist.
17. Der Rat bekräftigt sein Engagement für die Grundsätze der wirksamen Entwicklungszusammenarbeit, die im Rahmen der Globalen Partnerschaft für wirksame Entwicklungszusammenarbeit vereinbart wurden, sowie für die Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung, da sie für die Verwirklichung der SDG von entscheidender Bedeutung sind.
18. Der Rat begrüßt die bei den integrierten nationalen Finanzierungsrahmen (Integrated National Financing Framework – INFF) erzielten Fortschritte und betont, dass die INFF als umfassender und integrierter Ansatz zur Mobilisierung von Finanzmitteln aus allen verfügbaren Quellen weiterhin unterstützt werden müssen, um die SDG zu verwirklichen. Der Rat ruft zu einer verstärkten Zusammenarbeit auf Länderebene zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten und allen einschlägigen internationalen und nationalen Interessenträgern in Bezug auf die SDG und insbesondere deren Finanzierung auf und begrüßt in diesem Zusammenhang die Einrichtung der INFF-Fazilität anlässlich des Forums für Entwicklungsförderung im April 2022.
19. Der Rat begrüßt die zweite Berichterstattung über die öffentliche Gesamtunterstützung für nachhaltige Entwicklung (Total Official Support for Sustainable Development – TOSSD). Der Rat erkennt die wichtige Rolle an, die die ODA spielt, und betont zugleich, dass die TOSSD als eine freiwillige ergänzende Maßnahme dazu beitragen kann, Transparenz und Wissen in Bezug auf Ressourcen für die Umsetzung der Agenda 2030 besser zu messen und zu verbessern¹⁵. Der Rat nimmt ferner zur Kenntnis, dass die Statistikkommission der Vereinten Nationen die TOSSD als eine umfassende Datenquelle für den neuen SDG-Indikator 17.3.1 anerkannt hat¹⁶.

¹⁴ <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7894-2021-INIT/de/pdf>.

¹⁵ [TOSSD Visualisation Tool](#).

¹⁶ Indikator 17.3.1: Ausländische Direktinvestitionen (ADI), öffentliche Entwicklungshilfe und Süd-Süd-Zusammenarbeit, ausgedrückt als Anteil der gesamten inländischen Haushaltssmittel.

ANHANG

Derzeitige ODA-Verpflichtungen und -Ziele der EU

(Schlussfolgerungen des Rates vom 26. Mai 2015 (Dok. 9241/15, Nummern 31-33))

Die EU bekräftigt (...), dass sie dem Ziel verpflichtet bleibt, innerhalb des zeitlichen Rahmens der Post-2015-Agenda eine ODA-Quote von 0,7 % des BNE zu erreichen. Die Mitgliedstaaten, die der EU vor 2002 beigetreten sind, bekräftigen ihre Zusage, die ODA-Quote von 0,7 % des BNE – unter Berücksichtigung der Haushaltslage – zu erreichen, wobei diejenigen, die diese Zielquote bereits einhalten, sich dazu verpflichten, sie beizubehalten oder zu überschreiten; die Mitgliedstaaten, die der EU nach 2002 beigetreten sind, sind bestrebt, ihre ODA-Quote auf 0,33 % des BNE zu erhöhen.

Die internationale Gemeinschaft sollte auch dazu beitragen, dass Ressourcen gezielt dort eingesetzt werden, wo der Bedarf am größten ist, insbesondere in am wenigsten entwickelten Ländern und in fragilen und von Konflikten betroffenen Ländern. Im Rahmen der allgemeinen ODA-Verpflichtung und unter voller Berücksichtigung der Prioritäten der einzelnen Mitgliedstaaten bei der Entwicklungshilfe bekräftigt die EU ihr Engagement für die Unterstützung der LDC. Die EU verpflichtet sich, gemeinsam kurzfristig das Ziel einer ODA-Quote von 0,15 bis 0,20 % des BNE für LDC und innerhalb des zeitlichen Rahmens der Post-2015-Agenda eine ODA-Quote von 0,20 % des BNE für LDC zu erreichen.

Der neue Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik: „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“ (Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission vom 7. Juni 2017, Nummer 103)

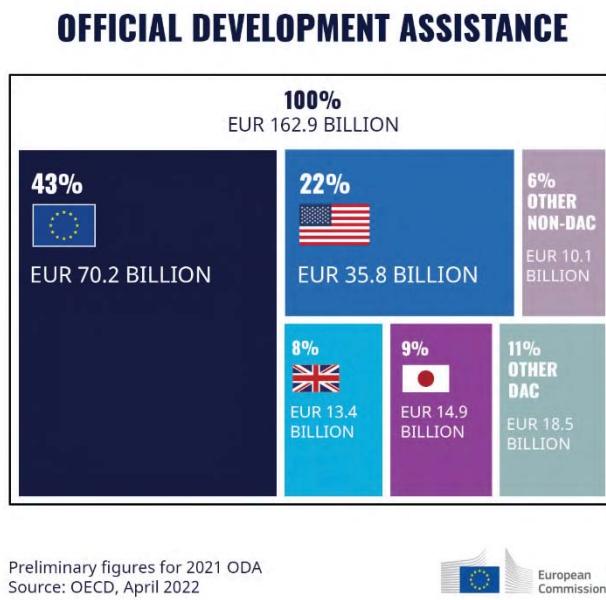
Die EU hat sich kollektiv verpflichtet, innerhalb des Zeitrahmens der Agenda 2030 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) als ODA bereitzustellen. Um Ressourcen gezielt dort einzusetzen, wo der Bedarf am größten ist – insbesondere in den LDC und den von Fragilität und Konflikten geprägten Ländern – hat sich die EU ferner das gemeinsame Ziel gesetzt, kurzfristig zwischen 0,15 und 0,20 % ODA/BNE für die am wenigsten entwickelten Länder bereitzustellen und innerhalb des Zeitrahmens der Agenda 2030 einen Anteil von 0,20 % ODA/BNE zu erreichen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten erkennen ferner die besonderen Herausforderungen an, die sich den Entwicklungsländern in Afrika stellen. (...) Sie werden weiterhin die Fortschritte überwachen und jährlich Bericht erstatten, um Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit zu gewährleisten.

**Aktionsagenda von Addis Abeba (zu eigen gemacht von der Generalversammlung in ihrer
Resolution 69/313 vom 27. Juli 2015, Nummern 51-52)**

(...) Die Geber der öffentlichen Entwicklungshilfe bekräftigen ihre jeweiligen Verpflichtungen, namentlich die Verpflichtung vieler entwickelter Länder, den Zielwert von 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für die öffentliche Entwicklungshilfe sowie den Zielwert von 0,15 bis 0,20 Prozent ihres BNE für die am wenigsten entwickelten Länder zu erreichen. Es ist ermutigend zu sehen, dass einige wenige Länder 0,7 Prozent ihres BNE für die öffentliche Entwicklungshilfe und 0,15 bis 0,20 Prozent ihres BNE zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder erfüllt oder übertroffen haben. Alle anderen fordern wir nachdrücklich auf, sich stärker um eine Erhöhung ihrer ODA zu bemühen und zusätzliche konkrete Anstrengungen zur Erreichung der genannten Zielwerte zu unternehmen. Wir begrüßen den Beschluss der Europäischen Union, in dem sie ihre gemeinschaftliche Entschlossenheit bekräftigt, innerhalb des Zeitrahmens der Post-2015-Agenda den Zielwert von 0,7 Prozent ihres BNE für die öffentliche Entwicklungshilfe zu erreichen, und in dem sie sich verpflichtet, auf kürzere Sicht gemeinschaftlich den Zielwert von 0,15 bis 0,20 Prozent ihres BNE zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder und innerhalb des Zeitrahmens der Post-2015-Agenda 0,20 Prozent ihres BNE zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder zu erreichen. Wir fordern die Geber der öffentlichen Entwicklungshilfe auf, zu erwägen, einen Zielwert von mindestens 0,20 Prozent ihres BNE zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder festzulegen.

Wir erkennen an, wie wichtig es ist, den Großteil der konzessionären Mittel denjenigen zukommen zu lassen, die den größten Bedarf haben und am wenigsten in der Lage sind, andere Mittel zu mobilisieren. In dieser Hinsicht nehmen wir mit großer Sorge davon Kenntnis, dass der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder zurückgegangen ist, und sind entschlossen, diesen Rückgang umzukehren. Wir sind erfreut über diejenigen, die mindestens 50 Prozent ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe den am wenigsten entwickelten Ländern zuweisen.

Abbildung 1 – ODA-Gesamtvolumen der EU im Vergleich zu nicht der EU angehörigen Geberländern im Jahr 2021

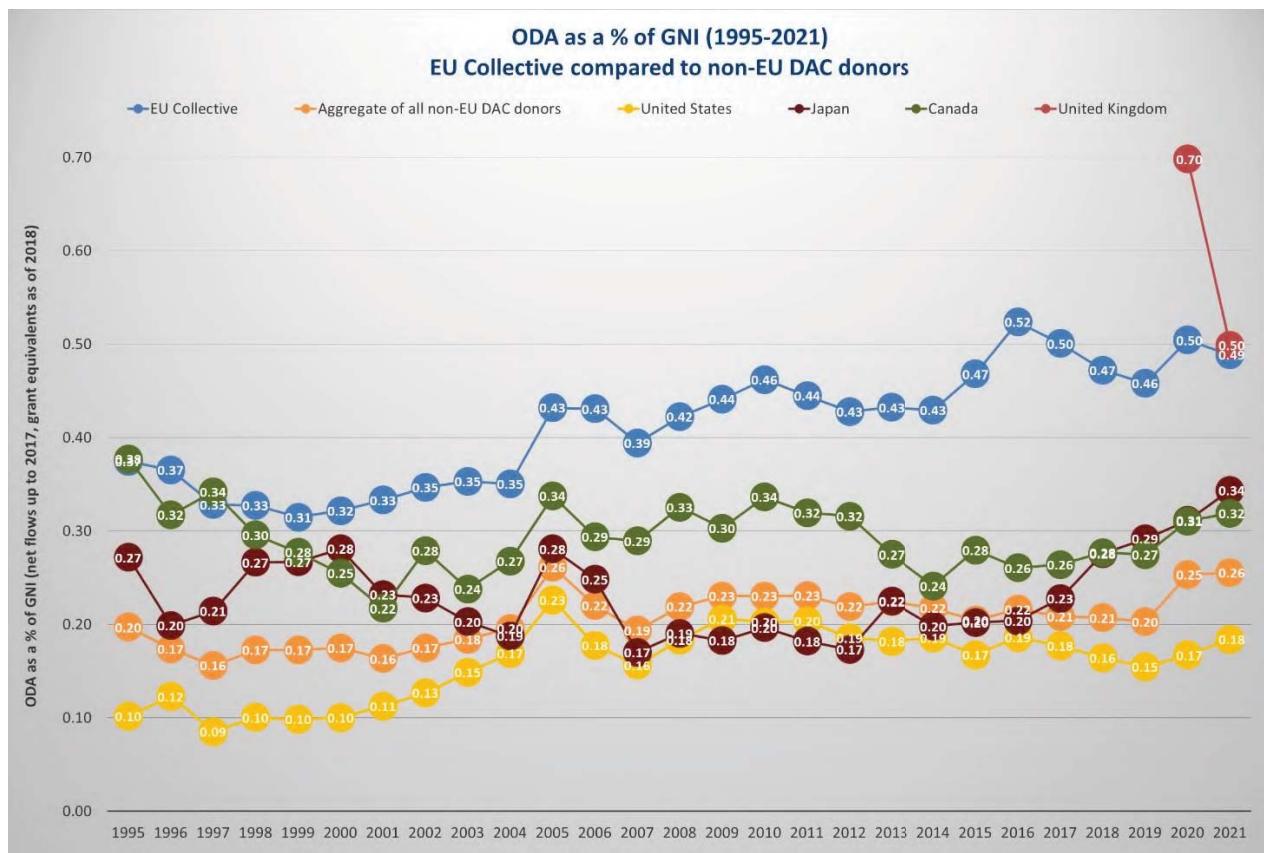


NB: Die Angaben für 2021 sind vorläufig.

NB: Angegeben auf Subventionsäquivalent-Basis.

NB: Zypern hat der OECD keine vorläufigen ODA-Daten für 2021 gemeldet.

Abbildung 2 – ODA-Gesamtvolume der EU als Prozentsatz des BNE im Vergleich zu nicht der EU angehörigen DAC-Gebern im Zeitverlauf

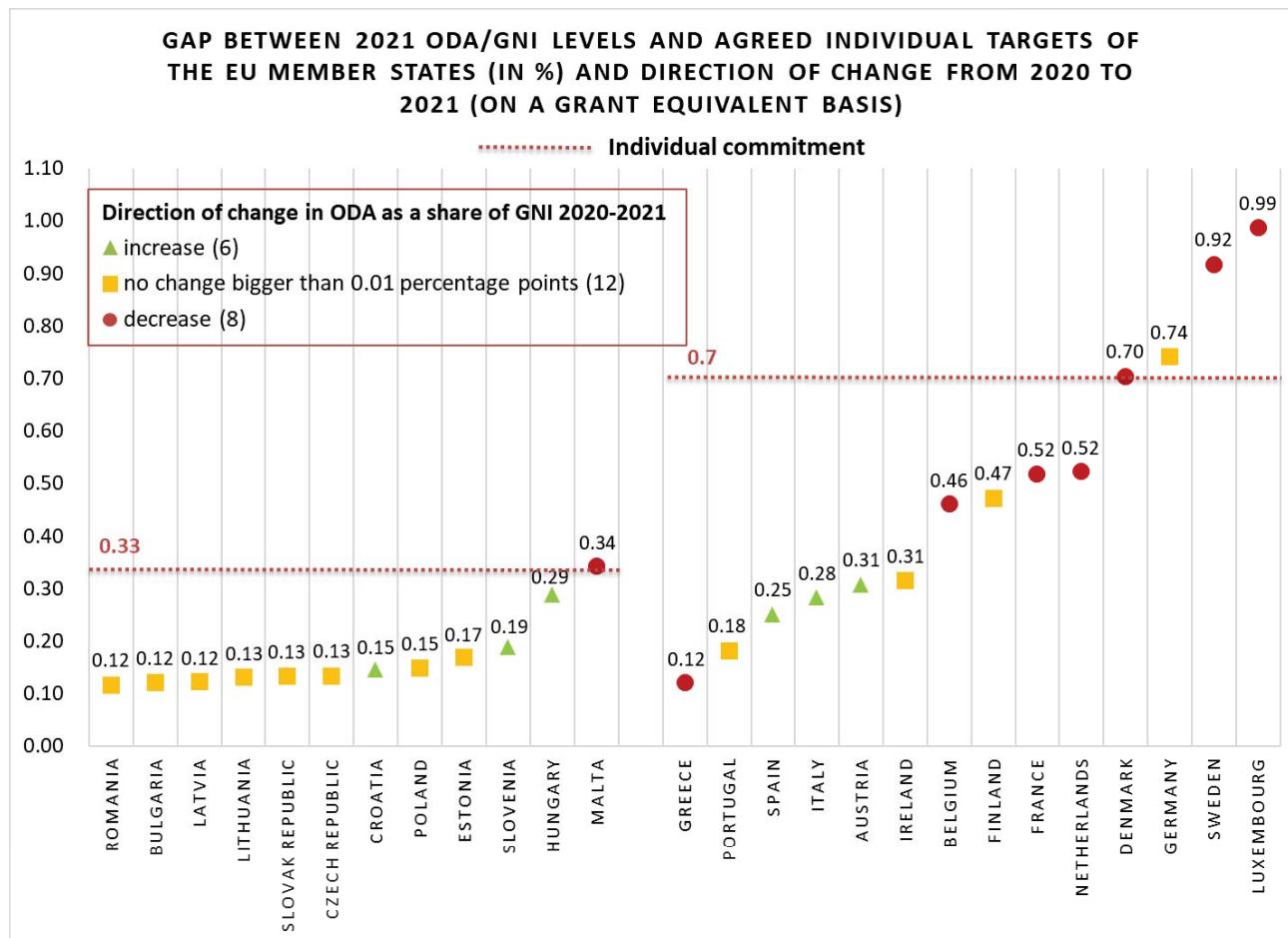


NB: Für jedes Jahr werden bei den EU-Gesamtvolume in diesem Schaubild nur diejenigen Länder berücksichtigt, die zum entsprechenden Zeitpunkt Mitglieder der EU waren, während bei dem Aggregat aller nicht der EU angehörigen DAC-Geber nur diejenigen Nicht-EU-Länder berücksichtigt werden, die zum entsprechenden Zeitpunkt Mitglieder des DAC waren. Insbesondere umfasst das Gesamtvolume der EU das Vereinigte Königreich bis einschließlich 2019, jedoch nicht mehr ab 2020, da sein Austritt aus der Europäischen Union am 1. Februar 2020 wirksam wurde. Das Gesamtvolume aller nicht der EU angehörenden DAC-Geber schließt ab 2020 das Vereinigte Königreich ein. Auch G7-Länder, die nicht der EU angehören (auch DAC-Geber), werden einzeln angezeigt.

NB: Alle Beträge sind in jeweiligen Preisen angegeben. Die Angaben für 2021 sind vorläufig.

NB: Zypern hat der OECD keine vorläufigen ODA-Daten für 2021 gemeldet.

Abbildung 3 – Unterschied zwischen der Höhe der ODA/des BNE im Jahr 2021 und den vereinbarten individuellen Zielen der EU-Mitgliedstaaten sowie Richtung der Veränderung von 2020 zu 2021.



NB: Unter Zugrundelegung der jeweiligen Preise berechnet. Die Angaben für 2021 sind vorläufig. Nur absolute Veränderungen um 0,01 % oder mehr gelten als Erhöhung oder Verringerung. Diese Methode wurde im bisherigen Zeitverlauf konsequent angewendet und soll verhindern, dass geringfügige Veränderungen als Erhöhung oder Verringerung betrachtet werden. Mitgliedstaaten, die nur eine geringfügige Veränderung verzeichnet haben, gelten für die Zwecke dieses Schaubilds als „stabil“.

NB: Ohne Angaben für Zypern, das der OECD keine vorläufigen ODA-Daten für 2021 gemeldet hat.

Tabelle 1 – ODA der einzelnen EU-Mitgliedstaaten und der EU insgesamt im Zeitraum 2011-2021

Member State	2011		2012		2013		2014		2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Change 2020-2021	
	EUR Million	% of GNI	Volume in EUR Million	% of GNI																				
Austria	799	0.27	860	0.28	882	0.27	930	0.28	1,193	0.35	1,479	0.42	1,110	0.30	990	0.26	1,099	0.28	1,117	0.30	1,234	0.31	117.04	0.0105
Belgium	2,019	0.54	1,801	0.47	1,732	0.45	1,844	0.46	1,717	0.42	2,080	0.50	1,948	0.45	1,959	0.43	1,943	0.41	2,056	0.48	2,174	0.46	117.88	-0.0166
Bulgaria	35	0.09	31	0.08	37	0.10	37	0.09	37	0.09	61	0.13	55	0.11	58	0.11	58	0.10	75	0.13	77	0.12	1.90	-0.0081
Croatia					34	0.08	54	0.13	46	0.09	37	0.07	48	0.10	67	0.13	64	0.12	68	0.13	80	0.15	12.25	0.0145
Cyprus	27	0.16	20	0.11	15	0.10	14	0.09	16	0.09	-	-	-	-	21	0.12	18	0.09	13	0.06	-	-	-	-
Czech Republic	180	0.12	171	0.12	159	0.11	160	0.11	179	0.12	235	0.14	270	0.15	259	0.13	276	0.13	262	0.13	306	0.13	43.39	0.0069
Denmark	2,108	0.85	2,095	0.83	2,205	0.85	2,264	0.86	2,313	0.85	2,142	0.75	2,172	0.74	2,195	0.72	2,281	0.72	2,327	0.72	2,431	0.70	103.93	-0.0159
Estonia	17	0.11	18	0.11	23	0.13	28	0.14	31	0.15	39	0.19	38	0.16	41	0.16	43	0.16	44	0.17	51	0.17	7.04	0.0034
Finland	1,011	0.53	1,027	0.53	1,081	0.54	1,232	0.59	1,161	0.55	958	0.44	961	0.42	834	0.36	1,010	0.42	1,122	0.47	1,214	0.47	92.54	0.0044
France	9,348	0.46	9,358	0.45	8,540	0.41	8,005	0.37	8,149	0.37	8,701	0.38	10,052	0.43	10,283	0.43	10,908	0.44	12,394	0.53	13,062	0.52	668.00	-0.0118
Germany	10,136	0.39	10,067	0.37	10,717	0.38	12,486	0.42	16,173	0.52	22,368	0.70	22,182	0.67	21,163	0.61	21,616	0.61	25,191	0.73	27,255	0.74	2,064.23	0.0067
Greece	305	0.15	255	0.13	180	0.10	186	0.11	215	0.12	333	0.19	278	0.16	246	0.13	329	0.18	286	0.17	223	0.12	-62.48	-0.0513
Hungary	100	0.11	92	0.10	97	0.10	109	0.11	140	0.13	180	0.17	132	0.11	241	0.21	279	0.21	367	0.27	385	0.29	18.08	0.0166
Ireland	657	0.51	629	0.47	637	0.46	615	0.38	648	0.32	726	0.32	743	0.32	792	0.31	870	0.32	867	0.31	988	0.31	121.55	0.0092
Italy	3,111	0.20	2,129	0.14	2,584	0.17	3,022	0.19	3,609	0.22	4,601	0.27	5,197	0.30	4,397	0.25	3,941	0.22	3,728	0.22	5,088	0.28	1,359.86	0.0586
Latvia	14	0.07	16	0.07	18	0.08	19	0.08	21	0.09	27	0.11	28	0.11	29	0.10	31	0.10	36	0.12	40	0.12	4.13	0.0008
Lithuania	37	0.13	40	0.13	38	0.11	34	0.10	43	0.12	52	0.14	53	0.13	55	0.12	60	0.13	63	0.13	70	0.13	7.25	-0.0010
Luxembourg	294	0.97	310	1.00	323	1.00	319	1.06	327	0.95	354	1.00	376	1.00	401	0.98	421	1.03	397	1.03	456	0.99	58.76	-0.0435
Malta	14	0.25	14	0.23	14	0.20	15	0.20	15	0.17	19	0.20	22	0.21	28	0.25	37	0.30	47	0.40	46	0.34	-0.42	-0.0593
Netherlands	4,563	0.75	4,297	0.71	4,094	0.67	4,200	0.64	5,162	0.75	4,491	0.65	4,399	0.60	4,795	0.62	4,727	0.59	4,702	0.59	4,471	0.52	-231.32	-0.0687
Poland	300	0.08	328	0.09	367	0.10	341	0.09	397	0.10	600	0.15	603	0.13	649	0.14	694	0.14	728	0.14	805	0.15	77.62	0.0043
Portugal	509	0.31	452	0.28	368	0.23	324	0.19	278	0.16	310	0.17	338	0.18	349	0.18	367	0.17	362	0.18	380	0.18	17.83	-0.0020
Romania	118	0.09	111	0.09	101	0.07	161	0.11	143	0.09	184	0.11	195	0.11	211	0.11	227	0.10	271	0.13	276	0.12	5.19	-0.0098
Slovak Republic	62	0.09	62	0.09	65	0.09	63	0.09	77	0.10	96	0.12	106	0.13	117	0.13	103	0.11	124	0.14	127	0.13	3.54	-0.0047
Slovenia	45	0.13	45	0.13	46	0.13	46	0.12	57	0.15	74	0.19	67	0.16	71	0.16	78	0.17	80	0.17	97	0.19	17.47	0.0141
Spain	3,001	0.29	1,585	0.16	1,769	0.17	1,415	0.13	1,259	0.12	3,819	0.34	2,271	0.19	2,449	0.20	2,629	0.21	2,621	0.23	2,995	0.25	373.94	0.0175
Sweden	4,030	1.02	4,077	0.97	4,389	1.01	4,698	1.09	6,391	1.40	4,425	0.94	4,935	1.02	5,085	1.07	4,650	0.96	5,571	1.14	5,012	0.92	-559.36	-0.2216
United Kingdom	9,948	0.56	10,808	0.56	13,461	0.70	14,519	0.70	16,725	0.70	16,325	0.70	16,060	0.70	16,446	0.70	17,309	0.70						
EU MS Aggregate	52,790	0.42	50,698	0.39	53,975	0.41	57,139	0.41	66,522	0.46	74,716	0.51	74,638	0.49	74,229	0.47	76,068	0.46	64,919	0.49	69,345	0.48	4,426.84	-0.0037
EU Institutions' ODA not imputed to EU Member States and other donors	3,453		4,544		2,873		2,131		1,372		2,750		1,926		627		-829		2,418		855		-1,563.15	
EU Collective	56,243	0.44	55,242	0.43	56,848	0.43	59,270	0.43	67,894	0.47	77,466	0.52	76,563	0.50	74,856	0.47	75,239	0.46	67,337	0.50	70,201	0.49	2,863.69	-0.0159

NB: Die Zahlen sind bis 2017 als Nettoströme und ab 2018 in Subventionsäquivalenten angegeben. Alle Beträge sind in jeweiligen Preisen angegeben. Die Angaben für 2021 sind vorläufig.

NB: Für jedes Jahr werden bei den Aggregaten und Gesamtvolumina in dieser Tabelle nur diejenigen Länder berücksichtigt, die zum entsprechenden Zeitpunkt Mitgliedstaaten der EU waren. Insbesondere umfasst das Gesamtvolumen der EU das Vereinigte Königreich bis einschließlich 2019, jedoch nicht mehr ab 2020, da sein Austritt aus der Europäischen Union am 1. Februar 2020 wirksam wurde.

NB: Das Zeichen „-“ zeigt an, dass der betreffende Mitgliedstaat für das entsprechende Jahr keine ODA-Daten gemeldet hat.

Tabelle 2: ODA der einzelnen EU-Mitgliedstaaten und der EU insgesamt für die am wenigsten entwickelten Länder 2018-2020

Member State	2018		2019		2020	
	EUR Million	% of GNI	EUR Million	% of GNI	EUR Million	% of GNI
Austria	270.1	0.07	281.3	0.07	268.2	0.07
Belgium	630.0	0.14	647.6	0.14	684.3	0.16
Bulgaria	11.8	0.02	10.7	0.02	16.3	0.03
Croatia	12.9	0.03	2.9	0.01	9.2	0.02
Cyprus	4.3	0.02	2.6	0.01	2.2	0.01
Czech Republic	54.9	0.03	57.8	0.03	54.1	0.03
Denmark	615.4	0.20	703.2	0.22	676.9	0.21
Estonia	6.6	0.03	8.2	0.03	8.2	0.03
Finland	266.1	0.11	329.2	0.14	334.0	0.14
France	2,872.2	0.12	2,607.7	0.11	3,354.8	0.14
Germany	4,199.5	0.12	3,978.6	0.11	4,999.8	0.15
Greece	50.8	0.03	44.5	0.02	42.5	0.03
Hungary	57.6	0.05	58.2	0.04	45.2	0.03
Ireland	327.1	0.13	332.9	0.12	339.1	0.12
Italy	1,116.6	0.06	1,023.6	0.06	938.9	0.06
Latvia	5.6	0.02	6.1	0.02	6.1	0.02
Lithuania	10.4	0.02	11.3	0.02	10.7	0.02
Luxembourg	189.4	0.46	190.4	0.47	183.1	0.48
Malta	2.3	0.02	1.7	0.01	1.3	0.01
Netherlands	1,145.2	0.15	1,138.0	0.14	984.0	0.12
Poland	186.7	0.04	118.7	0.02	114.0	0.02
Portugal	108.9	0.06	111.9	0.05	99.7	0.05
Romania	36.4	0.02	36.7	0.02	41.0	0.02
Slovak Republic	21.4	0.02	18.6	0.02	18.7	0.02
Slovenia	11.3	0.02	11.2	0.02	10.6	0.02
Spain	581.7	0.05	520.7	0.04	522.6	0.05
Sweden	1,623.4	0.34	1,577.8	0.32	1,726.8	0.35
United Kingdom	5,428.9	0.23	5,153.9	0.21		
EU MS Aggregate	19,847.7	0.125	18,986.1	0.12	15,492.3	0.12
EU Institutions' regional ODA known to benefit LDCs (not including UK share)					798.1	
EU Collective					16,290.5	0.12

NB: Alle Beträge sind in jeweiligen Preisen angegeben.

NB: Für jedes Jahr werden bei den Aggregaten und Gesamtvolumina in dieser Tabelle diejenigen Länder berücksichtigt, die zum entsprechenden Zeitpunkt Mitgliedstaaten der EU waren.

Insbesondere schließt das Aggregat der EU-Mitgliedstaaten das Vereinigte Königreich bis einschließlich 2019 ein, jedoch nicht für das Jahr 2020, da sein Austritt aus der Europäischen Union am 1. Februar 2020 wirksam wurde. Somit schließt das EU-Gesamtvolumen für das Jahr 2021 das Vereinigte Königreich nicht mehr ein.

NB: Der DAC führte eine Änderung der Berechnungsmethode für das Gesamtvolumen der ODA für die LDC ein, die auf die Daten für 2020 angewendet wird, wobei die regionale ODA, die den LDC zugutekommt, einbezogen wird. Daher liegt zwischen 2019 und 2020 ein Reihenbruch vor. Einzelheiten sind den Hintergrundinformationen zur Methodik im Anhang zu entnehmen.

Hintergrundinformationen zur Berechnungsmethode für die ODA zugunsten der LDC

Bis einschließlich 2019 wurde die gesamte ODA der EU-Mitgliedstaaten zugunsten der LDC berechnet, indem die bilaterale Netto-ODA der Mitgliedstaaten für LDC und die rechnerische multilaterale ODA der Mitgliedstaaten für LDC addiert wurden; dadurch wurde eine Doppelzählung mit der ODA der EU-Organe für LDC vermieden, die größtenteils die rechnerische multilaterale ODA der Mitgliedstaaten für LDC umfasst, die über die EU-Organe abgewickelt wird. Der DAC führte 2020 ein neues zusätzliches Element in die Berechnungsmethode für das Gesamtvolumen der ODA für die LDC ein – die regionale ODA zugunsten der LDC. Da die regionale ODA der EU-Organe, die den LDC zugutekommt, nicht in der rechnerischen multilateralen ODA der Mitgliedstaaten für LDC enthalten ist, wird ihre regionale ODA, die den LDC zugutekommt (ohne den Betrag, der dem Vereinigten Königreich zugerechnet werden könnte) in Höhe von 798 Mio. EUR im Rahmen des ODA-Gesamtvolumens der EU für die LDC im Jahr 2020 berücksichtigt.

Neben den EU-Organen haben zwei Mitgliedstaaten regionale ODA für LDC gemeldet: Frankreich (17 Mio. EUR) und Deutschland (82 Mio. EUR). Die im ODA-Gesamtvolumen der EU für die LDC enthaltene regionale ODA für LDC beläuft sich somit auf insgesamt 897 Mio. EUR. 2020 haben fünf EU-Mitgliedstaaten das für 2020 gesetzte Ziel von 0,15 % des BNE an ODA für LDC erreicht oder übertroffen, siehe Tabelle 2.

Zum Vergleich: Im Jahr 2019 lag die gesamte ODA der 28 Mitgliedstaaten für die LDC bei 0,12 % des BNE (19,0 Mrd. EUR), der Anteil der EU und ihrer 27 Mitgliedstaaten (ohne das Vereinigte Königreich) hingegen bei 0,10 % des BNE (13,8 Mio. EUR). Zum Vergleich: Ausgehend von der früheren Berechnungsmethode hätte die gesamte ODA der 27 Mitgliedstaaten für die LDC im Jahr 2020 bei 0,12 % des BNE (15,4 Mrd. EUR) gelegen, was einem nominalen Anstieg um 11,3 % gegenüber dem ODA-Gesamtvolumen der EU (ohne das Vereinigte Königreich) im Jahr 2019 entspricht.
